IPG

COP21 16.11.2015 | Saleemul Huq

Zweite und letzte Chance

Was die wenigsten entwickelten Länder vom Klimagipfel COP21 erwarten.

Auf der einundzwanzigsten Klimakonferenz (COP21) in Paris haben die Staatschefs die letzte Chance, ihr Versagen beim COP15 im dänischen Kopenhagen vom Dezember 2009 gutzumachen. Damals hatten es mehr als 100 Regierungschefs nicht geschafft, sich für den Kampf gegen die größte globale Herausforderung in der Geschichte der Menschheit auf einen verbindlichen Vertrag zu einigen.

Paris ist die zweite und letzte Chance, denn so bald wird sich keine mehr ergeben. Einige Staatschefs von damals sind noch im Amt, etwa US-Präsident Barack Obama und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, doch viele andere sind neu.

Seit der verpassten Chance von Kopenhagen hat sich die Problematik der vom Menschen verursachten Klimaveränderung weiter verschärft. Die Zuspitzung der Lage kann man dem Fünften Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) entnehmen; sie offenbart sich aber auch in Ereignissen rund um den Erdball: Dürren in Syrien und Kalifornien, Überschwemmungen in Pakistan und Deutschland, Taifunen im Pazifik und dem Ansteigen des Meeresspiegels in Bangladesch. Die Folgen der menschgemachten Klimaveränderung sind sichtbar und werden schlimmer.

Die Untätigkeit der Staatschefs trifft besonders schwache und gefährdete Kommunen in einigen der ärmsten Entwicklungsländer dieser Welt. Paradoxerweise haben sie auch am wenigsten zu den Emissionen beigetragen, die an der Klimaveränderung schuld sind. Faktisch besteht die globale Politik somit darin, dass die reicheren Länder, die früher wie heute den Ausstoß von Treibhausgasen betreiben, trotz gegenteiliger Zusagen nichts für die Senkung ihrer Emissionen unternehmen, während die ärmsten Länder, die so gut wie keine Treibhausgase ausstoßen, unter den Folgen leiden.

In Paris stehen die Staatschefs der 200 teilnehmenden Länder, insbesondere der Länder mit den höchsten Treibhausgasemissionen,

auch gegenüber ihren eigenen Kindern und Enkeln moralisch in der Pflicht. Sie müssen mutige Maßnahmen ergreifen – die für ihre Volkswirtschaften zumindest anfangs mit Kosten verbunden sein mögen –, um wie versprochen die globale Erwärmung von mehr als vier Grad Celsius, auf die die Erde derzeit zusteuert, auf weniger als zwei Grad zu senken. Langfristig sollte global möglichst eine Maximalerwärmung von 1,5 Grad Celsius angestrebt werden, damit auch die besonders gefährdeten Länder und Kommunen geschützt werden können.

Mit stark gefährdeten Kommunen arbeite ich seit einigen Jahren zusammen, und zwar im Rahmen der jährlich stattfindenden Konferenz zur Anpassung an die Klimaveränderung auf Gemeindeebene (Community Based Adaptation, CBA). Die diesjährige Konferenz fand im April mit 400 Teilnehmern aus 90 Ländern in Nairobi statt und brachte die so genannte Nairobi Declaration hervor. Die betroffenen Kommunen bekämpfen schon heute die katastrophalen Folgen der Klimaveränderung und fordern, dass die Staatschefs der Welt die globalen Durchschnittstemperaturen in einem Bereich halten, der ihnen noch eine Anpassung ermöglicht.

Darüber hinaus habe ich die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) in den UNFCCC-Verhandlungen in Hinblick auf Anpassungsstrategien und Schadensersatz beraten. Die LDC-Gruppe, in denen die knapp 50 ärmsten Entwicklungsländer der Erde vertreten sind, fordern mit großer Entschiedenheit, dass alle Länder dieser Erde möglichst rasch eine Welt ohne fossile Brennstoffe schaffen.

Ein wichtiger Bestandteil eines Vertrags von Paris wird es auch sein, die von den reichen Ländern bereits gegebene Zusage, ab dem Jahr 2020 100 Milliarden US-Dollar jährlich bereitzustellen, zu konkretisieren. Die Hälfte dieses Betrags soll besonders gefährdeten Entwicklungsländern für Anpassungsmaßnahmen zugutekommen.

Insbesondere gilt es zu spezifizieren, wie die derzeitige Finanzausstattung (die eher bei 10 Milliarden US-Dollar liegt) innerhalb von fünf Jahren bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar aufgestockt werden soll. Auch gilt es zu klären, wie genau das Geld für die Anpassung an die verheerenden Folgen der Klimaveränderung in die am stärksten gefährdeten Länder gelangen soll.

Zwei Bestandteile des Pariser Vertrags sind somit aus meiner Sicht besonders wichtig. Zum einen brauchen wir ein klares Zeichen, dass wir auf dem Weg sind, die globale Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu drücken. Sollten hier die Verpflichtungen nicht ausreichen, wird man sie im Lauf der Zeit

verschärfen müssen.

Der zweite wichtige Bestandteil betrifft die Frage, wie die reichen Länder die 50 Milliarden Dollar im Jahr, die sie den besonders gefährdeten Entwicklungsländern für Anpassungsmaßnahmen bereits zugesagt haben, auszuzahlen gedenken.



Saleemul Huq
London

Dr. Saleemul Huq ist Senior Fellow am *International Institute for Environment & Development* (IIED) und leitet zudem das *International Centre for Climate Change & Development* (ICCCAD).

2 LESERBRIEFE

jeb schrieb am 17.11.2015

In Ankara zeigte sich ja leider schon, dass es auch diesmal auf ein Versagen hinausläuft...

Angnes H schrieb am 17.11.2015

Alle Aufmerksamkeit weilt bei den Attentaten und seinen politischen Folgen, was bedeutet das für die

anstehende Klimakonerenz Ende November in Paris? COP21 Paris bietet die Chance, endlich etwas gegen den Raubbau an unserem Planeten zu tun. Frankreich und allen voran Präsident Francois Hollande haben ein großes Interesse daran, dass der Gipfel zum Erfolg wird. Für Hollande schien der Gipfel bis zuletzt als seltene Gelegenheit, sollte der Gipfel zum Erfolg werden, sich aus seinem Umfragetief zu befreien und international zu profilieren. Das entsprechende politische Gewicht, das Frankreich im Vorfeld des Gipfels einbrachte, um etwa führende Industrienationen zu Selbstverpflichtungen zu bewegen, was bleibt von ihm noch nach dem Horror der letzten Tage? Terrorismus ist eine Bedrohung, aber ein Klima, was aus den Fugen gerät, umso mehr. Wenn Milliarden Menschen von Dürren, Überschwemmung, Ernteausfällen etc. betroffen sein werden, dann werden nicht nur radikale Islamisten zu den Waffen greifen, dies sollten sich die Verantwortlichen bewußt sein.
